



Politischer Kurzbericht

Morales bereitet Wiederwahl vor

Peter-Alberto Behrens
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien

La Paz, 25. Mai 2007

Regierung drängt auf neue Verfassung / Morales kündigt inoffiziell Wahlen für 2008 an / Wahlkampagnen laufen schon an / Opposition wird massiv behindert.

Besonders hoffnungsfröhlich stimmt das bislang Erreichte nicht: Erst im März konnten sich die in Sucre tagenden Mitglieder der bolivianischen Verfassunggebenden Versammlung auf eine Geschäftsordnung einigen – die eigentliche inhaltliche Arbeit begann erst danach. Ein offenes Geheimnis ist, daß die Versammlung selbst beim besten Willen und größtem Konsens nicht die vorgegebene zeitliche Zielmarke vom 6. August erreichen wird. Nach dem Gesetz zur Einberufung der Verfassunggebenden Versammlung ist dies das Datum, an dem die „Asamblea Constituyente“ einen Verfassungsentwurf vorlegen muss.

Ebenso offensichtlich ist, daß die Regierung Morales mit dem bisherigen Zwischenergebnis keineswegs zufrieden sein kann, zumal sie damit rechnete auf Grundlage einer neuen Verfassung das Land zügig „neu zu gründen“. Der Druck, den die Regierung auf die Verfassungsväter und –mütter bislang ausübt, bleibt mittlerweile niemandem mehr verborgen, selbst wenn Morales und vor allem sein Vize-Präsident García Linera sich jede Mühe geben den Anschein von Neutralität gegenüber der „Asamblea“ zu wahren. Dies hat insbesondere dazu geführt, daß die Fraktion der MAS in der Versammlung in ihrer Haltung gegenüber der Regierung hoffnungsglos zerstritten ist. Ein wichtiger Teil der MAS-Fraktionsmitglieder hat die sehr offensichtliche Einmischung seitens der Exekutiven in ihre Tätigkeit schlichtweg satt. Besonders deutlich wird dies an der Art und Weise, wie Gesandte der Regierung von einem Großteil der Versammlungsmitglieder empfangen werden: selbst hochkarätige Persönlichkeiten wie der ehemalige Erziehungsminister Felix Patzi, welcher im Februar versuchte die MAS-Fraktion in Sucre auf den

Regierungskurs einzuschwören musste Klein beigegeben und ergebnislos nach La Paz zurück reisen.

Die Zeit drängt – vor allem für Morales

Der Grund zur Eile liegt bei Morales jedoch vor allem darin, daß er sich durchaus darüber bewußt ist, daß die Unterstützung der Bürger für seine Politik langsam aber sicher schwindet¹. Vor allem die bürgerkriegsähnlichen Ereignisse in Cochabamba Mitte Januar aber auch der konfrontative Politikstil des ehemaligen Koka-Gewerkschafters Evo Morales schrecken immer mehr Bolivianer ab. Teile der urbanen Mittelschicht, die sich seinerzeit durchaus einen Wandel gewünscht hat, müssen nun ernüchtert feststellen, daß sich hinter dem Versprechen des demokratischen Wandels ein autoritäres politisches Projekt verbirgt. Schon prognostizieren namhafte Wirtschaftsinstitute den Anstieg der Inflation auf mindestens 10% bis Jahresende. Selbst wenn diese Rate für lateinamerikanische Verhältnisse noch mustergültig erscheint - die psychologische Wirkung der Verunsicherung verfehlen solche Prognosen nicht. Hinzu kommt, daß Morales die Vormachtstellung seiner Partei nutzen muß solange sie noch anhält. Denn gegenwärtig scheint keine der Oppositionsparteien fähig zu sein, die langsam wachsende Ernüchterung eines wichtigen Teils der Bolivianer für sich nutzen zu können.

Will Morales also seine „kulturelle und demokratische Revolution“ zum Ende führen, muss er dies zügig tun, bevor ihn die Realität einholt. Tatsächlich treibt Morales zumindest seinen Teil der Vorbereitungen voran:

- In der ersten Jahreshälfte, insbesondere ab März, führte die Regierung reihenweise sozialpolitische Maßnahmen ein, die man getrost als populistische Verteilungspolitik bezeichnen darf.
 - Landesweit angeordnete Reduzierung der Telefontarife um bis zu 25%;
 - Hilfsprogramme für kleine Landwirte (Behausung, Spenden von Traktoren und technischem Material, etc.);
 - Einführung eines Schulgelds („Bono Juancito Pinto“);
 - Erhöhung des Mindestlohns am symbolträchtigen 1. Mai um 5%;
 - Direktsubventionierung von bis zu US\$ 30 Mio. an Gemeinden, auf Grundlage einer großzügigen „Spende“ aus Venezuela².

¹ Umfragen sind in Bolivien generell ungenau. Dennoch fällt auf, daß unterschiedliche Institute (Equipos Mori, Encuestas y Estudios, etc.) in der Tendenz übereinstimmen: Genoss Morales bis Oktober 2006 noch über eine Zustimmung von bis zu 80%, ging dieser Wert stetig zurück und pendelte sich ab April 2007 zwischen 50% und 60% ein.

² Die meisten dieser Maßnahmen gehen auf Regierungsdekrete zurück, haben also keine feste und im voraus gesetzlich verankerte Budgetierung im staatlichen Haushalt. Besonders besorgniserregend ist dabei die „persönliche Spende“ von H.Chávez an E.Morales in Bezug auf die Subventionierung der

- Diese Maßnahmen wurden verstärkt kommunikativ flankiert.
 - Mittels einer unüblich hohen Reisetätigkeit Morales insbesondere in den Tieflandregionen Anfang April;
 - Mit der Inbetriebsnahme eines staatlich geführten Netzes an kommunalen Radiosendern im ländlichen Raum („Red de radios comunitarias“);
 - Mit einer dauerhaften Kommunikationskampagne, vor allem im Fernsehen („Bolivia cambia – Evo Cumple“ = „Bolivien wandelt sich – Evo hält was er verspricht“).

Die Wiederwahl – wie Fakten geschaffen werden

Der Wunsch nach einer „ewigen“ Wiederwahl Morales' ist seit der Jahreswende 2006/2007 immer deutlicher zu hören. Anfänglich wurden diese Forderungen vereinzelt von MAS-Politiker der zweiten und dritten Reihe vorgetragen. Motto war dabei, daß die „Bewegung“ die Regierung übernommen habe, aber nicht die Macht („tenemos el gobierno, pero no el poder“). Um letztere zu übernehmen, bräuchte man weit mehr als nur die 5 Regierungsjahre, die die aktuelle bolivianische Verfassung zulasse. Insbesondere die verfassungsrechtsrechtlich verbotene Wiederwahl des Präsidenten ist der MAS sichtlich ein Dorn im Auge. Mitte Februar sprangen nun auch einzelne Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung in der Forderung nach einer Wiederwahl Morales' ein. Am 17. März kündigte Morales dann ganz arglos an, das „Volk“ wünsche baldmöglichst die Abhaltung neuer Wahlen auf Grundlage einer neuen Verfassung, also schon im Jahr 2008. Er war dabei klug genug, das Thema der Wiederwahl nicht direkt anzuschneiden – offensichtlich war jedoch, daß er seine Beteiligung an einem solchen Wahlgang zu keinem Zeitpunkt ausschloss³.

Über diese Regierungsmaßnahmen hinaus wird aber versucht, auch in anderen Bereichen Fakten zu schaffen:

- Das nationale Wählerverzeichnis wird seit spätestens Mitte April gründlich überarbeitet. Die bisher analog geführten Wählerdaten werden zur Zeit digitalisiert. Vorwürfe der Manipulation wurden dabei von unterschiedlicher Seite erhoben.
- Anfang Mai forderten einzelne MAS-Mitglieder die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Nach einigen Tagen der Zurückhaltung schaltete sich auch Morales in die Debatte ein – zugunsten der Wahl ab 16. Bekannt ist, daß insbesondere junge Wähler der MAS nahe stehen.

Gemeinden: damit verbunden ist die Möglichkeit seitens der Gemeinden, die gespendeten Mittel ohne Ausschreibungen für ihre Zwecke zu nutzen (Siehe: La Razón, El Deber, 10. Mai 2007).

³ Ganz deutlich werden die Hegemonialvorstellungen großer Teile der MAS vom politischen Kern der Partei, den Koka-Bauern vorgetragen: „Das Ziel ist, daß sich die demokratische und kulturelle Revolution nicht nur über 20 oder 30 Jahre sondern über 500 Jahre verfestigt“. So der aus der Chapare-Region stammende Bauernführer Julio Salazar in einem Interview mit La Razón, am 6. Mai 2007.

- Ähnliches gilt für die Auslandsbolivianer, die in der Mehrheit der MAS zugewandt sind. Aufsehen erregte daher eine politische Initiative, nach der Auslandsbolivianer in jeder bolivianischen Botschaft im Ausland ihre Stimme abgeben könnten – ohne direkte Beteiligung oder Kontrolle des für Wahlen zuständigen Nationalen Wahlgerichtshofs (Corte Nacional Electoral).

Erschreckend sind aber vor allem die ziemlich massiven Einschüchterungsversuche der Opposition, die in dieser Art und Weise bislang nicht vorkamen:

- Am 4. Mai verlautbart Vize-Präsident García Linera, die Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung seien in einem möglichen Wahlgang 2008 nicht mehr wählbar. Er begründete dies mit dem Willen, keine politische Kaste bilden zu wollen. Bekannt ist jedoch, daß sich in dieser Versammlung eine Reihe zukünftiger politischer Talente hervorgetan hat. Außerdem sitzen vor allem den Fraktionen von UN und MNR potentielle Präsidentschaftskandidaten vor⁴.
- Die Attacken, insbesondere gegen den Parteivorsitzenden der sozialdemokratisch orientierten UN, Samuel Doria Medina, haben stark zugenommen. Im Laufe der letzten 3 Wochen sind 6 bislang unbewiesene Anklagen gegen ihn erhoben worden⁵.
- Der bislang schwerwiegendste Vorstoß war die Ankündigung Morales, die öffentliche Parteienfinanzierung zu kappen. Dies würde Bolivien, neben Venezuela zum einzigen Land Südamerikas machen, welches Parteien keine öffentliche Finanzierungsmöglichkeit bietet⁶.
- Konsequent ist in diesem Zusammenhang der Versuch, das Verfassungsgericht als einzige noch unabhängige verbliebene Staatsgewalt „gleichzuschalten“. Der Druck auf das Gericht ist insbesondere in den letzten Tagen stark angestiegen.

Unübersehbar ist, daß sich in der MAS und der Regierung die Tendenz durchgesetzt hat, die sich für einen langfristigen Machterhalt ganz im Sinne der „bolivianischen Revolution“ Venezuelas ausspricht – wenn diese Tendenz nicht schon von Anfang an vorherrschend war. Die Chance, die der weiterhin umstrittene Verfassungsprozess zumindest für einen demokratischen Ausgleich in Bolivien bietet, wäre definitiv vertan, sollte sich diese Tendenz auch gegenüber allen anderen

⁴ Damit sind vor allem der UN-Parteivorsitzende, Samuel Doria Medina, sowie der MNR-Fraktionsvorsitzende, Guillermo „Cacho“ Richter gemeint.

⁵ Vermutet wird, daß mit dem „Ausschalten“ von Doria Medina gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden sollen: nicht nur wird ein wichtiger Konkurrent aus dem Weg geräumt – Doria Medina ist für seine bislang sehr ausgewogene Haltung bekannt und schlug kürzlich die Bildung einer Allparteienkoalition („Frente amplio“) gegen Morales vor. Mit dem Ausscheiden Doria Medina's ergäbe sich eine von der Regierung gesuchte politische Polarisierung (MAS gegen PODEMOS).

⁶ Siehe El Deber, 12. Mai 2007

politischen Kräften durchsetzen. Dies wäre – wolle man es wahrnehmen oder nicht – das Todesurteil der Demokratie in Bolivien.

E-Mail: pabehrens@kasbolivia.org